

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 40 (2013)
Heft: 2

Artikel: Migrationspolitisches Wetterleuchten
Autor: Müller, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911076>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Migrationspolitisches Wetterleuchten

Die Schweiz ist für Ausländerinnen und Ausländer attraktiv, entsprechend hoch sind die Einwanderungszahlen. Das, was man heute «Dichtestress» nennt, ist vielerorts spürbar. Doch die Immigration hat in Geschichte und Gegenwart ganz unterschiedliche Facetten. So ist sie heute auch ein Zeichen wirtschaftlichen Wohlergehens. Trotzdem steigt das Unbehagen weiter Teile der Bevölkerung, radikale Lösungsvorschläge erhalten Oberwasser.

Von Jürg Müller

Ein Sack und eine Tüte bezeichnen den gleichen Gegenstand, und beide Wörter sind deutsch. Doch in der Schweiz erhält der Kunde für seine Einkäufe im Supermarkt keine Tüte, sondern einen Sack. Das lernt Joachim Eibach im Schweizerdeutschkurs. Eibach ist Deutscher, seit 2004 Professor für Geschichte an der Universität Bern und um vorbildliche Integration bemüht. Auch Yongala Falanga Ndambó ist in Bern unterwegs, als Tram- und Buschauffeur. Seit 20 Jahren lebt der Kongolese in der Schweiz. Sorgfältig bindet er am Morgen seine Krawatte. Er liebt die Verantwortung im Führerstand des Berner Trams. Sein Lebensmotto lautet: «Mache deine Arbeit gut und sei loyal mit allen.» Auch er ist ein vorbildlich integrierter Mann.

1,825 Millionen Migrantinnen und Migranten lebten Ende 2012 in der Schweiz; jeder vierte Erwerbstätige ist ausländischer Herkunft. Zwei davon, Joachim Eibach und Yongala Falanga Ndambó, stellt das Bundesamt für Migration (BFM) in einem knapp zweiminütigen Videoclip auf seiner Homepage vor. Die Migrantinnen «tragen durch ihre Arbeit zum Wohlstand des Landes bei», heisst es auch auf der Homepage des BFM. Und deshalb will ihnen die Amtsstelle mit kurzen Videoporträts ein Gesicht geben. Hinter den netten Filmchen stecken aber nicht nur hehre Absichten und vorbildliche Integrationsbemühungen, sie sind ebenso sehr Zeichen einer zunehmenden Nervosität.

Die Gelassenheit schwindet

Spätestens seit im August des vergangenen Jahres die Schweiz die Grenze von acht Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern erreicht hat, herrscht Alarmstimmung. Und zwar auf unterschiedlichen Ebenen und bei fast allen Akteuren. Die meisten Leute erleben den Dichtestress im Alltag, etwa in Form überfüllter Züge und immer grösseren Verkehrsstaus. Wohnungen werden immer mehr zum knappen Gut, die Mieten steigen, ebenso die Bodenpreise. Die Auswirkungen sind auch in den Schulen, im Ge-

sundheitswesen, in der Sozialpolitik und vor allem auf dem Arbeitsmarkt spürbar. An den Hochschulen beispielsweise ist über die Hälfte der Professoren ausländischer Herkunft. Nicht mehr überall herrscht Gelassenheit, die Stimmung wird mancherorts geziert. Und jene Kreise, welche schon immer mit der Ausländerfrage auf Stimmfang gingen, sehen ihre Stunde erst recht gekommen.

Deshalb steigt auch bei Politikerinnen und Politikern der Puls. In nächster Zeit stehen gleich mehrere Abstimmungen bevor, die nicht nur einen Richtungswechsel in der Migrationspolitik verlangen, sondern auch gravierende Auswirkungen auf das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union haben können. Dazu gehören die hängigen Volksinitiativen der Schweizerischen Volkspartei (SVP) «Gegen Masseneinwanderung» und der Vereinigung Ecopop mit dem Titel «Stopp der Überbevölkerung zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen». Mit der Aufnahme Kroatiens in die EU Mitte 2013 steht auch die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit zur Diskussion. Ein Referendum dagegen ist so gut wie sicher.

Alle diese Vorlagen haben bei einer Abstimmung durchaus eine Chance. Man kann sich nicht mehr darauf verlassen, dass das Volk die Einwanderungspolitik des Bundesrates unterstützt, wie es dies in den Jahren 2000, 2005 und 2009 bei der Einführung und der zweimaligen Ausdehnung der Personenfreizügigkeit getan hat. Akute Überfremdungsangst statt nüchterne Interessenabwägung könnte beim Ausfüllen des Stimmzettels den Ausschlag geben.

Ausländeranteil höher denn je
Bleiben wir vorerst bei den Zahlen. Heute ist der Ausländeranteil in der Schweiz höher denn je, er

liegt bei über einem Fünftel der Wohnbevölkerung (rund 23 Prozent). 2012 hat die ausländische Wohnbevölkerung insgesamt um drei Prozent oder knapp 53'000 Personen zugenommen. Der Zuwachs der ausländischen Wohnbevölkerung ist hauptsächlich auf die erleichterte Zuwanderung aus den EU-Ländern dank der Personenfreizügigkeit zurückzuführen (plus 4,1 Prozent, wie schon 2011). Am meisten Leute wanderten aus Portugal und Deutschland ein. Die Einwanderung aus Ländern außerhalb der EU hat nur geringfügig um 0,9 Prozent zugenommen.

Einen vergleichsweise hohen Ausländeranteil hat die Schweiz schon lange. Bereits 1910 lag der Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung bei 15 Prozent. Dieser Wert wurde, nach einem Rückgang während der beiden Weltkriege, 1980 wieder erreicht. Der hohe Ausländeranteil ist nicht zuletzt eine Folge der restriktiven Ein-

bürgerungspraxis in der Schweiz. Bei starker Zuwanderung aus Ländern der EU kann der Bundesrat unter gewissen Bedingungen die Ventilklausel aktivieren, also die Zahl der Aufenthaltsbewilligungen beschränken. Für die EU-Oststaaten hat er dies bereits im letzten Jahr getan. Doch die Einschränkung der Personenfreizügigkeit ist umstritten, sie wird von vielen EU-Ländern als Affront betrachtet. Ob die Ventilklausel für alle EU-Staaten zur Anwendung kommt, entscheidet der Bundesrat wahrscheinlich im April dieses Jahres.

Nicht nur bei der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung steigen die Zahlen, sondern auch bei den Asylsuchenden im Jahr 2012 um satte 27 Prozent auf 28'631 Personen. Die Bundesbehörden reagieren mit verschiedenen Massnahmen; in erster Linie sollen die Asylverfahren stark beschleunigt werden. Gegen das von Bundesrat und Parlament verabschiedete Paket mit den dringlichen Massnahmen im Asylbereich wurde das Referendum ergripen, am 9. Juni 2013 kommt es deshalb zur Volksabstimmung (siehe Seite 14).

Ohne Migranten keine Schweiz

Dass die wachsenden Ausländerzahlen vielen Leuten Sorge bereiten, nehmen die Be-

hörden sehr wohl zur Kenntnis. Die sozialdemokratische Bundesrätin Simonetta Sommeruga, Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements und damit für das Migrationsdossier zuständig, kennt das Dilemma der Bundesbehörden besonders gut. In verschiedenen Interviews warnt sie davor, die Probleme der Zuwanderung zu verharmlosen, es sei gefährlich, die unangenehmen Seiten einer Entwicklung auszublenden. Gleichzeitig betont die Bundesrätin, die Schweiz müsse mit der Zuwanderung leben, denn diese sei zentral für die Schweiz: Migrantinnen und Migranten seien massgeblich daran beteiligt, dass unser Land eines der wettbewerbsfähigsten Länder der Welt ist.

Sommaruga verweist damit auch auf eine historische Tatsache: Die Schweiz wäre ohne Immigranten im Laufe der Geschichte nicht zu dem geworden, was sie heute ist. Protestantische Glaubensflüchtlinge im 17. Jahrhundert, die liberalen politischen Flüchtlinge im 19. Jahrhundert, unter ihnen zahlreiche Firmengründer (z.B. Brown, Boveri und Nestlé), haben der Schweiz wesentliche Impulse verliehen. Der industrielle Aufschwung und der Ausbau des Eisenbahnnetzes in den letzten Jahrzehnten des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts führten zu einer grossen Einwanderungswelle. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg war starke Zuwanderung eine Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die bisher grösste Einwanderungswelle erlebte die Schweiz zwischen 1950 und 1970: In dieser Zeit reisten insgesamt 2,68 Millionen Ausländer als Jahresaufenthalter oder Niedergelassene ins Land. Gleichzeitig wurden zusätzlich rund drei Millionen Bewilligungen für Saisoniers ausgestellt. In den 1960er-Jahren gewannen fremdenfeindliche Parteien zunehmend an Einfluss. Bei ihren sogenannten Überfremdungsinitiativen hatten sie vor allem die italienischen Gastarbeiter im Visier.

Erst Italiener, dann Deutsche
Heute sind es nicht mehr die Italiener, die das Blut vieler Schweizerinnen und Schweizer in Wallung bringen, sondern eher die

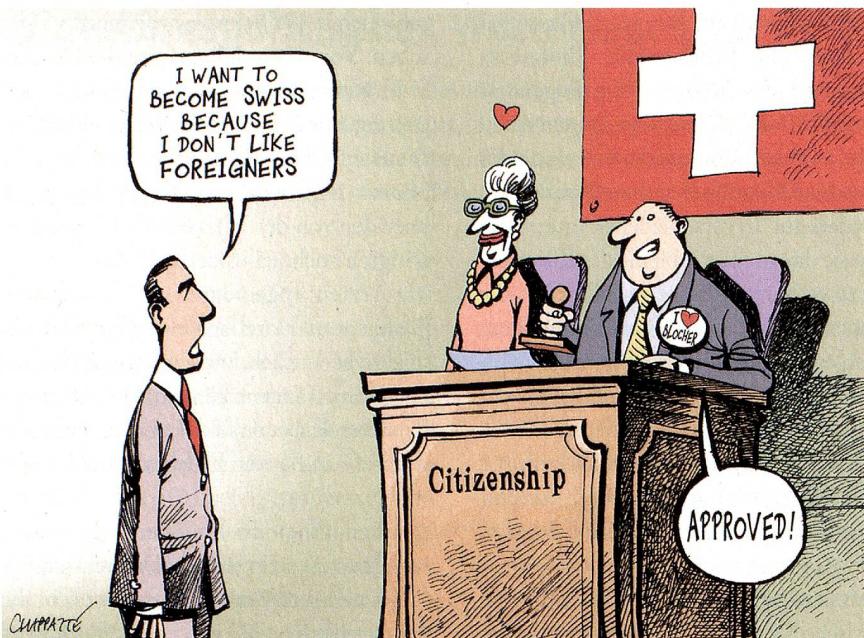
zahlreich in der Schweiz arbeitenden Deutschen. Vor einem Jahr sorgte die Zürcher SVP-Nationalrätin Natalie Rickli für Empörung mit ihrer Feststellung: «Einzelne Deutsche stören mich nicht, mich stört die Masse.» Kein sehr freundlicher Ton gegenüber den von der Wirtschaft dringend benötigten hochqualifizierten Arbeitskräften wie Ärzten, Ingenieuren, IT-Spezialisten, Professoren, Hotelfachleuten etc. Das Beispiel zeigt deutlich, wie sich Feindbilder und Sympathien ändern können. Die einst angefeindeten Italiener sind längst Vorbilder geworden – in Sachen Esskultur und Lebensstil.

Selten lernen die Menschen aus der Geschichte, fest steht jedoch: Die Schweiz hat schon mehrere Einwanderungswellen, die anfangs hoch emotional und kritisch beurteilt wurden, sehr gewinnbringend gemeistert. Das Problem ist nur: Wenn die Überfremdungsangst sich einmal festgesetzt hat und wenn Politikerinnen und Politiker jeglicher Couleur nur noch die schwierigen Seiten der Migration thematisieren, dann nützen rationale Argumente kaum mehr etwas. Dabei wäre es durchaus angebracht, ein Hohelied auf die Zuwanderung zu singen, denn die Schweiz ist nicht nur eines der multikulturellsten Länder Europas, auch ihr Wohlstand ist höher denn je. Der Zusammenhang ist offensichtlich: Wenn die Wirtschaft brummt, nimmt die Zuwanderung zu; sie richtet sich nach der Nachfrage der Unternehmen. Beim Konjunkturaufschwung von 2006 bis 2008 kamen mehr Leute; im Rezessionsjahr 2009 nahm der Wanderungssaldo gegenüber dem Vorjahr prompt um einen Viertel ab. Die Einwanderung kurbelt auch den Binnenkonsum an. Dies zeigt die Detailhandelsstudie der Grossbank Credit Suisse. Sie weist auch nach, dass das Wachstum im Detailhandel höher ist als das Bevölkerungswachstum. Der Grund dafür: Die meisten Einwanderer sind hoch qualifiziert, entsprechend viel verdienen sie – und geben es auch wieder aus.

Damit können die erwähnten Probleme jedoch nicht vom Tisch gewischt werden. Mittlerweile ist die SVP längst nicht mehr die einzige Partei, bei der die Einwanderung auf der Traktandenliste steht. Auch die Sozialdemokraten nehmen die Ängste der Bevölkerung zu Kenntnis. Sie haben deshalb 2012 ein Migrationspapier präsentiert. Sie wollen aber nicht gleich die Personenfreizügigkeit aufkündigen wie die SVP. Ihr Rezept



Ein Szenario der Zuwanderungskritiker für die Stadt Zürich



«Ich möchte Schweizer werden, ich mag keine Ausländer»

heisst: Ausbau der flankierenden Massnahmen gegen Lohndruck und hohe Mieten. Einen grossen Fehler sehen sie in der «verfehlten bürgerlichen Standort- und Steuerpolitik». Die Schweiz lockt «mit den tiefsten Steuern aller strukturstarken Länder internationale Firmen an, obwohl sie gar nicht über genügend qualifiziertes Personal verfügt», kritisiert die SP. Die Folge: Ausländische Arbeitskräfte strömen in die be-

reits überhitzten wirtschaftlichen Brennpunkte. Den Nutzen davon hätten fast ausschliesslich die Konzerne, während die Öffentlichkeit die negativen Folgen zu tragen habe, wie explodierende Immobilienpreise, hohe Mieten etc.

An den Stammischen wird selten unterschieden, von welcher Ausländerkategorie man spricht: von den Asylsuchenden, den Niedergelassenen, den pauschal-besteuerte-

ten Multimilliardären, den Spitzenmanagern und Konzernchefs, den Studierenden, den landwirtschaftlichen Hilfskräften, den Chefärzten, den Professoren oder den Fachkräften in Dienstleistung und Handwerk. Sie alle benutzen zwar die schweizerische Infrastruktur. Doch alle Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten auf die Einwanderung abzuschieben, ist unredlich. Der zunehmende Verbrauch an Wohnfläche zum Beispiel ist in erster Linie die Folge der seit Jahren steigenden Ansprüche der schweizerischen Gesellschaft. Die Zersiedelung ist im Wesentlichen das Resultat mangelnder Raumplanung und die zunehmende Mobilität auf Strasse und Schiene ist mit der immer stärkeren Trennung von Wohn- und Arbeitsort eine Folge davon. Die Zuwendung akzentuiert diese hausgemachten Probleme und macht den ohnehin bestehenden Reformbedarf umso dringender.

Immer mehr radikale Vorschläge

Unter dem Dichtestress stehen plötzlich nicht mehr Reformen, sondern Radikalslösungen im Zentrum des Interesses. Doch einfache Lösungen für komplexe Probleme haben immer auch ihre Tücken. Das ist bei beiden Einwanderungsinitiativen, jener der SVP und jener der Vereinigung Ecopop, gleichermaßen der Fall (siehe Text rechts).

«Konkrete Lösungen für konkrete Probleme, statt abstrakte Zahlen»

Migration ist nichts Neues in der Geschichte, doch die Wanderungsbewegungen sind heute besonders intensiv. Wie gross die Zuwanderung sein darf, sei keine Frage von Zahlen, sondern eine Frage des gesellschaftlichen Konsenses, sagt Professor Walter Leimgruber, Präsident der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen.

Interview: Jürg Müller

«SCHWEIZER REVUE»: In der Schweiz leben über acht Millionen Menschen, rund 1,8 Millionen davon sind Migrantinnen und Migranten. Sind wir zu viele im Land?

WALTER LEIMGRUBER: Es gibt keine Berechnungsgrundlage, aufgrund der man festlegen kann, ob zu viele, zu wenige oder genau die richtige Anzahl Menschen in einem Land leben. Wie viele Migranten eine Gesellschaft tatsächlich verträgt, ist primär eine Frage des gesellschaftlichen Konsenses.

Welche Rolle spielte die Migration in der Geschichte der Schweiz?

Die Schweiz ist historisch gesehen kein Einwanderungsland. Aber Migration ist nichts Neues. Es gab immer soziale Gruppen,

die umherzogen und weite Distanzen zurücklegten. Im Mittelalter etwa Handwerker, Händler und Gelehrte. Die Schweiz war zudem lange ein Auswanderungsland, insbesondere im 18. und 19. Jahrhundert, als die Armut die Menschen zur Auswanderung zwang.

Migration hat es also immer gegeben. Wieso erleben viele die Gegenwart als so dramatisch?

Es ist sicher die Intensität der Migration. Wir finden uns aber auch deshalb nicht mit der Migration ab, weil wir das Bild einer immobilen, stabilen Gesellschaft in uns tragen. Diese Vorstellung hat sich erst im 19. Jahrhundert mit der Bildung der Nationalstaaten heraustraktallisiert. Es ist die Vorstellung, jeder Mensch habe einen natürlichen Ort, wo er verwurzelt ist und lebt. Mit der Wirklichkeit hatte das seit je kaum etwas zu tun. Vor allem bis zum Ersten Weltkrieg hat man die Landesgrenzen gar nicht als solche wahrgenommen, der Austausch jeglicher Art über die Grenzen war etwas sehr Selbstverständliches.

Trotz allem: Die starke Zuwanderung löst Ängste in weiten Teilen der Bevölkerung aus. Was sagen Sie als Präsident der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen diesen Leuten?

Die Ängste sind insofern begründet, als die Migration und die Mobilität eine grosse Herausforderung darstellen, für die Gesell-

In seiner Botschaft zur SVP-Volksinitiative warnt der Bundesrat, dass sich das Volksbegehren direkt gegen das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU richte. Die Kündigung dieses Abkommens hätte laut dem Bundesrat «gravierende Konsequenzen für die Schweizer Volkswirtschaft, die jeden zweiten Franken in der EU verdient». Und zwar auch deshalb, weil damit das ganze Vertragswerk der bilateralen Abkommen in Frage gestellt wäre.

Eine völlig unberechenbare Dynamik könnte die Ecopop-Initiative entwickeln. Denn das Volksbegehren der schillernden Vereinigung spricht ganz unterschiedliche Kreise an. Ecopop versteht sich als ökologische Bewegung mit dem Blick auf Bevölkerungsfragen. Die Zuwanderungsbegrenzung ist zwar eine traditionelle Forderung der Rechten. Doch das Ziel, die Einwanderung zum Schutz der Umwelt zu bremsen, gefällt auch Teilen der links-grünen Wählerschaft.

Der Schweiz stehen somit einige turbulente Migrationsdebatten ins Haus, die je nach Ausgang der Volksabstimmungen weit mehr als bloss einen weiteren Imageschaden nach sich ziehen könnten. Sie haben das Zeug dazu, die gesamte, ohnehin sehr fragil gewordene Europapolitik der Schweiz zum Einsturz zu bringen.

JÜRGEN MÜLLER ist Redaktor der «Schweizer Revue»



SVP «GEGEN MASSENEINWANDERUNG»

Die Volksinitiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP) «Gegen Masseneinwanderung» diente als Wahlkampfschlager bei den eidgenössischen Wahlen vom Oktober 2011. Eingereicht wurde sie im Februar 2012 mit 135 557 gültigen Unterschriften. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab, sie wird voraussichtlich im laufenden Jahr das Parlament beschäftigen, bevor sie dem Volk unterbreitet wird. Die Initiative verlangt, dass die Schweiz jährlich Höchstzahlen und Kontingente für die Aufenthaltsbewilligungen festlegt. Damit keine Umgehungsmöglichkeiten bestehen, sollen alle Ausländerkategorien einbezogen werden, auch Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie Asylsuchende. Einwanderung soll dann möglich sein, wenn sie den «gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung des Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer» dient. «Massgebende

Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sind insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers, die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende eigenständige Existenzgrundlage», heißt es im Initiativtext.

UMWELTSCHUTZ VIA BEVÖLKERUNGSPOLITIK

Die Ecopop-Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» ist im November 2012 mit 119 816 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Der Bundesrat hat dazu noch nicht Stellung genommen. Die Vereinigung Ecopop bezeichnet sich als «einzige Umweltschutzorganisation der Schweiz, die sich mit dem Faktor Bevölkerung ernsthaft auseinandersetzt». Die Initiative strebt für die Schweiz eine Einwohnerzahl auf einem Niveau an, «auf dem die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft sichergestellt sind». Die Zuwanderung in die Schweiz soll auf jährlich 0,2 Prozent der Bevölkerung beschränkt werden. Zudem soll die Eidgenossenschaft verpflichtet werden, zehn Prozent ihrer Entwicklungshilfegelder für die freiwillige Familienplanung in Staaten der dritten Welt einzusetzen.

JM

schaft als Ganzes, insbesondere aber auch für einzelne Gruppen. Stichworte sind dabei die Angst um den Arbeitsplatz, um bezahlbaren Wohnraum, aber auch die Globalisierung. Alte Gewissheiten oder Überzeugungen wie jene, dass es wirtschaftlich immer nur aufwärts geht und der Wohlstand stetig zunimmt, brechen weg.

Gibt es aus diesem Grund heute so viel Ablehnung gegenüber den Deutschen? Eigentlich sind die Deutschen doch Immigranten, die uns in vieler Hinsicht nahe stehen.

Diese Ablehnung ist wirklich sehr bemerkenswert. Es gibt dafür einmal historische Gründe. Wir hatten im Laufe der Jahrhunderte sehr viele politische Auseinandersetzungen, angefangen bei der Loslösung der Eidgenossenschaft vom Deutschen Reich bis hin zum Zweiten Weltkrieg. Die Schweizer legten immer grossen Wert darauf, sich abzugrenzen, und nicht als Deutsche wahrgenommen zu werden. Heute sind es vor allem Mentalitätsunterschiede. Die Deutschen denken, dass sie sich in der (deutsch)schweizerischen Gesellschaft völlig problemlos bewegen könnten, weil beide die gleiche Sprache sprechen. Aber gerade da liegt oft der Haken: Die Deutschen sind viel direkter in ihrer Ausdrucksweise. Sie verstehen zum Beispiel häufig nicht, dass ein «Ja, aber» eines Schweizers eigentlich «Nein» bedeutet. Da braucht es einfach sehr viel Kommunikation.

Zwei Initiativen zur Migration sind hängig, die Einwanderungsinitiative der SVP und die der Vereinigung Ecopop. Sehen Sie da Lösungsansätze?

Die beiden Initiativen beruhen auf Annahmen von bestimmten Größenordnungen, die man aber quantitativ nicht belegen kann, weder als richtig noch als falsch. Es gibt Gebiete auf der Welt, die viel dichter besiedelt sind als die Schweiz und gut funktionieren, und solche, die dünn besiedelt sind und sehr schlecht funktionieren. Diese Initiativen sind der falsche Ansatz. Wir sollten nicht mit quantitativen Vorgaben operieren, sondern schauen, wo konkret uns der Schuh drückt, und für diese Probleme massgeschneiderte Lösungen finden, die von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen werden.



WALTER LEIMGRUBER (53) ist ordentlicher Professor und Leiter des Seminars für Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie an der Universität Basel. Forschungsaufenthalte in den USA, Frankreich und Deutschland. Gastdozent in Marburg und Wien. Seit Januar 2012 Präsident der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen.